

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: 102 28) 21 9038/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Robert Antretter MdB zum
Europatag: Ein Europa
der Bürger schaffen.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL zur
Lage der Winzer in Rhein-
land-Pfalz: Dem Weinbau
Zukunft schaffen.

Seite 3

Renate Schmidt MdB zu
einem neuen Vorstoß der
Hardthöhe: Keine Frauen
in die Bundeswehr.

Seite 4

Dokumentation
Willy Brandt zum Abschied
von Jockel Fuchs als Main-
zer Oberbürgermeister.

Seite 5

42. Jahrgang / 83

4. Mai 1987

Ein Europa der Bürger schaffen

Gedanken zum Europatag

Von Robert Antretter MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland

Für die Europäische Gemeinschaft ist 1987 ein Entscheidungsjahr. Dreißig Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge muß es nun gelingen, einen Durchbruch zu schaffen, um auf dem historischen Weg von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union weiterzukommen. Das Bewußtsein der europäischen Völker ist dafür bereit. Die Zustimmung der deutschen Bürgerinnen und Bürger zur westeuropäischen Einigung wird im Vergleich mit den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft nur noch von Frankreich übertroffen.

82 Prozent der Bundesbürger erklärten bei einer Umfrage im November 1986 ihre positive Einstellung zur westeuropäischen Integration, 52 Prozent waren der Ansicht, daß die Bundesrepublik von der EG-Mitgliedschaft profitiere. Dies sind beeindruckende Zahlen. Aber: Es ist unerlässlich, daß die Gemeinschaft die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Europas erfüllt. Sie muß Maßnahmen treffen, durch die ihre Identität gegenüber den europäischen Völkern und gegenüber der Welt gestärkt und gefördert wird.

Dazu gehört die Stärkung des von den europäischen Bürgern gewählten Europäischen Parlaments. Der Vertragsentwurf zur Gründung einer Europäischen Union darf nicht völlig in Vergessenheit geraten. Denn das gewählte Parlament braucht mehr Kompetenzen im Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erweitern Umfang
des normalen Publikums
Reizlos für Leser



Dazu gehört die Verwirklichung der großartigen Perspektive eines europäischen Binnenmarktes für 320 Millionen EG-Bewohner, die aber des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der 12 Mitgliedstaaten bedarf.

Dazu gehören gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit von über 18 Millionen Menschen und insbesondere der beängstigend ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit.

Und dazu gehört auch die Neuordnung der gemeinsamen Agrarpolitik, die Beseitigung des künstlich hochgeschraubten Angebots, der sinnlosen Überproduktion auf der einen Seite, aber auch die Absicherung bäuerlicher Existenzen auf der anderen Seite. Dies muß endlich mutig in Angriff genommen werden.

Alle diese Gedanken müssen am Europatag ausgesprochen werden. Weitere Themen ließen sich leicht finden: Die Umweltpolitik zum Beispiel oder der Rüstungswahnsinn, beides Bereiche, in denen die Europäer an einem Strang ziehen müssen.

Der Wille zur Europäischen Gemeinschaft ist bei den Bürgerinnen und Bürgern Europas vorhanden, die oftmals kleinkarierte Realität europäischer, politischer Tagesarbeit stößt aber auf allgemeines Unverständnis. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir eine politische Gemeinschaft bilden wollen.

Ein Europatag ist gut, was aber not tut, ist der Gedanke an Europa bei den tagtäglich zu treffenden politischen Entscheidungen.

(-/4.5.1987/rs/ks)

* * *



Dem Weinbau Zukunft schaffen

Noch nie ging es den Winzern in Rheinland-Pfalz so schlecht wie heute

Von Rudolf Scharping MdL
Spitzenkandidat der SPD Rheinland-Pfalz

Viele Weinbaubetriebe kämpfen heute um ihre Existenz. Immer mehr Betriebe drückt eine hohe Schuldenlast. Von den Weinbaubetrieben an der Mosel arbeitet bereits die Hälfte nicht mehr rentabel, sie lebt von der Substanz. Die durchschnittliche Verschuldung der Weinbaubetriebe an der Mosel liegt bei 170.000 DM, in der Pfalz bei 50.000 DM und in Rheinhessen bei 80.000 DM.

Diese Situation ist das Ergebnis der 40jährigen Weinbaupolitik der CDU in Rheinland-Pfalz. Sie ist für die ehrlichen Winzer niederschmetternd. Sie sehen sich um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Zu viele müssen aufgeben.

Erst unter einer laschen Gesetzeshandhabung und Kontrolle durch die CDU waren viele Weinrechtsverstöße möglich. Die Skandale der großen Weinpanscher haben zu größten Problemen für die ehrlichen Winzer geführt. Durch schwarze Schafe, die oft die besondere Förderung durch die CDU genossen, ist der gute Ruf der ehrlichen Winzer in Mitleidenschaft gezogen worden. Mehr noch, ihre Existenz ist bedroht. Bernhard Vogel trägt seit Jahren hierfür die Verantwortung.

Wein aus Rheinland-Pfalz verdient nach wie vor unser Vertrauen. Das Vertrauen der Winzer aber haben Bernhard Vogel und die CDU verspielt.

Die ungewöhnlich schwierige Lage im Weinbau, erfordert rasches und konsequentes Handeln zur

- Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und
- Wiederherstellung des Vertrauens in den Wein.

Wir Sozialdemokraten werden den Winzern deshalb direkt und durch folgende Sofortmaßnahmen helfen:

1. Ein Bürgschaftsprogramm zur Sicherung existenzgefährdeter Betriebe,
2. eine vollständige Umstellung der Förderpolitik auf die Förderung der Erzeuger und ihrer Belange,
3. eine Aussetzung der Tilgung und eine Zinsbezuschung im Rahmen eines Bürgschaftsprogramms.

Alle Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz im Weinbau müssen einhergehen mit der Wiederherstellung des Vertrauens in den deutschen Wein. Dazu ist ein langfristiges Konzept notwendig, das folgende Elemente enthält:

- Eine qualitätsorientierte Weinbaupolitik gemeinsam mit den ehrlichen Winzern und ihren Verbänden,
- harte Bestrafung derer, die mit betrügerischen Manipulationen die Existenz anderer gefährden,
- Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen gegenüber dem Auslandwein,
- die Einhaltung bestehender Gesetze, statt ständig neuer Vorschriften.

Am 17. Mai können die rheinland-pfälzischen Winzer der CDU eine Quittung erteilen und sich entscheiden für eine entschlossene und gerechte Politik. Mit der SPD. (-/4.5.1987/rs/ks)



Keine Frauen in die Bundeswehr

Wir werden auch den „versuchsweisen“ Einsatz nicht hinnehmen

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau

Entgegen ersten anderen Bekundungen läßt die neue Staatssekretärin im Verteidigungsministerium die Katze aus dem Sack: Eines ihrer ersten Vorhaben ist der „versuchsweise“ Einsatz von Frauen bei der Bundeswehr.

Sozialdemokratinnen bleiben dabei:

Erstens. Der Einsatz von Frauen bei der Bundeswehr ist kein Mittel, um die Gleichberechtigung zu erreichen. Frau Hürland bliebe ein weites Feld, um in ihrem Bereich zu zeigen, wie ernst sie es mit der Gleichberechtigung meint, in dem sie sich um die über 40.000 zivilbeschäftigten Frauen kümmert, dafür sorgt, daß gezielte Frauenförderung betrieben wird und Frauen endlich Aufstiegschancen erhalten.

Zweitens. Das Grundgesetz verbietet den Einsatz von Frauen mit der Waffe. Damit bleiben Frauen von nahezu allen Funktionen ausgeschlossen; denn eine Trennung von Kämpfenden und Nichtkämpfenden in einer modernen, technisierten Armee ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahezu unmöglich. Die Lückenbüßerrolle der Frauen ist damit genauso für die untergeordneten Funktionen in der Bundeswehr vorprogrammiert. Der vorgesehene Termin 1990 zeigt auch, wohin die Reise geht: Frauen in die Bundeswehr zur Bekämpfung des Pillenknicks.

Drittens. Frau Hürland ist zu fragen, was bei diesen Probefrauen in der Bundeswehr eigentlich probiert werden soll: Die Eignung der Frauen? Wir dürfen versichern, Frauen können dasselbe wie Männer. Die Wirkung auf die Kampfmoral? Die Akzeptanz bei den Soldaten? Nein, hier kann es nicht um Versuche gehen, sondern es muß um die politische Entscheidung gehen, ob eine weitere Militarisierung der Gesellschaft erwünscht ist unter dem vorgeschobenen Argument der Gleichberechtigung. Wir sagen nein und haben derartigen früheren Bestrebungen eine ebenso klare Absage erteilt.

(-/4.5.1987/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Zum Abschied von Jockel Fuchs als Mainzer OB

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am 2. Mai in Mainz auf einer feierlichen Stadtratsitzung den aus seinem Amt ausscheidenden Oberbürgermeister Jockel Fuchs gewürdigt. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede.

Hier geht es um Mainz und seinen - ab heute - Alt-Oberbürgermeister. Er ist gebührend gerühmt worden. Was anders als Respekt könnte derjenige hinzufügen, der aus der Rheinprovinz nach Rheinhessen kommt? Der für die Einladung dankt und sich freut, heute dabei sein zu können.

Jockel Fuchs und ich gehören nun zu denen, die die Jüngeren ermutigen und ihnen, wo wir es können, dabei helfen möchten, die Zeichen neuer Erfolge an die alten Fahnen zu heften - im fairen Wettstreit mit den anderen Parteien, im immer wieder neuen Ringen um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Es ist vieles, womit Jockel Fuchs vor und neben seiner großen Leistung als Oberbürgermeister - auch über seinen verdienstvollen Vorsitz im Fernsehrat hinaus - der deutschen Politik im ganzen und seiner, unserer Partei im besonderen geholfen hat: in den regionalen Parteiorganisationen, im Landtag, im Vorstand der Bundespartei, selbstverständlich in der Gemeinschaft unserer Kommunalpolitiker. Und manchen hat er überrascht, als er auf dem Nürnberger Parteitag vor einem guten halben Jahr das Wort ergriff und sich ebenso kraftvoll wie präzise zu der Aufgabe äußerte, die wir uns mit der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm vorgenommen haben. Und aus der wir ein großes Gespräch mit vielen machen möchten, die über den Tag hinaus zu denken für zwingend halten.

22 Jahre erfolgreicher und weit über die Reihen der eigenen Partei geschätzter Bürgermeister - das ist gewiß keine Kleinigkeit und das hat bundespolitischen Rang. Der Mainzer fing an, als ich noch Berliner Bürgermeister war. Was alles ist in diesen Jahren passiert, was alles haben wir erlebt - mehr Positives übrigens als Negatives, mehr Ermutigendes als Enttäuschendes.

Wenn ich hier unser Dankeschön sage, so nicht nur für den sachkundigen Rat, den uns Jockel Fuchs häufig gab. Auch für seine verlässliche Freundschaft, seine ungestelzte Menschlichkeit, seine ansteckende Fröhlichkeit. Auch dafür, daß er zuweilen besorgt und ungeduldig dazwischen fuhr und andere dazu brachte, nochmals nachzudenken - oder überhaupt zu denken. Solche Mahnung kann immer mal wieder nötig werden.

Es ist ja wahr, daß ein guter Stadtvater sich um sachlichen Ausgleich, um den gemeinsamen Nenner zu bemühen hat. Das verstand und versteht Jockel Fuchs auch auf den über die Stadtpolitik hinausreichenden Gebieten zu erproben und fruchtbar zu machen. Aber wo Militanz geboten ist - ich ließ es schon anklingen -, ist sie ihm nicht fremd, weiß er sie einzusetzen. Die Partei und die Gesamtheit dürfen davon ausgehen, lieber Jockel, daß Du ihnen mit Deinem Rat weiter zur Verfügung stehen wirst - versöhnlich, wo es geht, streitbar, wo es sein muß.

Ich will noch ein Wort sagen zum Mainzer Oberbürgermeister als Partner von Kollegen in anderen Ländern, als Brückenbauer und Botschafter der deutschen Demokratie. Die Reiselust unseres Freundes ist bekannt. Sie war gewiß auch in Neugier begründet, und wir würden ärmer, wenn uns die Lust abhanden käme, Neues zu erfahren, in uns aufzunehmen. Schon als Außenminister und als Bundeskanzler hat mich beeindruckt, wie wichtige Beiträge Jockel Fuchs zum guten Ansehen gewiß seiner Stadt, aber auch unserer Bundesrepublik in der Welt geleistet hat. Ich habe als Parteivorsitzender nicht aufgehört, dies zu registrieren und mich darüber zu freuen. Friedenspolitik entwickelt sich nicht allein auf der gesamtstaatlichen und zwischenstaatlichen Ebene, sie ist uns allen anvertraut. Und besonders denen von uns, die sich nach 1945 geschworen hatten, den nachfolgenden Generationen die Mahnung zu vermitteln, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen und nicht etwa durch noch Schlimmeres ihre Fortsetzung finden dürfen.

Hab' aufrichtigen Dank, lieber Freund. Und laß Dir von Herzen Gutes wünschen für die Jahre, die kommen.

(-/4.5.1987/rs/ks)

* * *

